

Mecklenburg-Vorpommern – Schauplatz der Lubminer Konflikte

Gutes Land will gute Pflege

Volksmund

Mecklenburg und Vorpommern (M-V) bilden seit Oktober 1990 gemeinsam das nord-östlichste Bundesland Deutschlands. Landeshauptstadt ist Schwerin. Das Land umfasst etwa sieben Prozent der deutschen Gesamtfläche. Nur knapp ein Viertel davon wird von Vorpommern eingenommen, welches aber mehr als drei Viertel der gesamten Ostsee-Küstenlänge besitzt. Das am dünnsten besiedelte deutsche Bundesland beherbergt etwa zwei Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Nachbarn sind Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg. Im Osten verläuft die bundesdeutsche Grenze zu Polen. Der Norden wird von der Ostseeküste gesäumt. Als Deutschlands größte Inseln sind Rügen und Usedom Spitzenreiter im Ostseetourismus. Die Landesfläche besteht zu rund zwei Dritteln aus Ackerland und Weiden, ein knappes Viertel bedecken Wälder und den Rest nehmen etwa tausend Seen ein. Wegen der hervorragenden Naturlausstattung gehören mehr als ein Drittel des Territoriums zu einem bedeutenden Naturschutzsystem der Europäischen Gemeinschaft. Nur fünf Städte (Rostock, Schwe-

Pommernlied

Wenn in stiller Stunde Träume mich umwehn,
Bringen frohe Kunde Geister ungesehn,
Reden von dem Lande meiner Heimat mir,
Hellem Meeresstrande, düstern Waldrevier.

Weißer Segel wiegen sich auf blauer See,
Weiße Möwen fliegen in der blauen Höh',
Blaue Wälder krönen weißer Dünen Sand:
Pommernland, mein Sehnen ist dir zugewandt.

Gustav Adolf Pompe, 1851



Abbildung 1 Übersichtskarte Mecklenburg-Vorpommern

rin, Neubrandenburg, Stralsund und Greifswald) haben mehr als 50.000 Einwohner. Unter jenen ist Rostock mit 200.000 Einwohnern die einzige Großstadt. Die ländlichen Strukturen bedingen eine Vielzahl kleiner Gemeinden, die seit 2011 zu sechs Großkreisen gehören. Unter diesen sind Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald (mit Lubmin und Insel Usedom) der Hauptschauplatz der in diesem Buch behandelten Probleme. Auf die blau-weißen Landesfarben von Pommern nimmt die alte Landeshymne, das Pommernlied, Bezug.

Die historische Entwicklung beider Landesteile hätte unterschiedlicher nicht sein können: Während Vorpommern 167 Jahre unter schwedischer (1648–1815) und 130 Jahre unter preußischer Verwaltung (1815–1945) stand, war Mecklenburg Jahrhunderte lang unmittelbarer Bestandteil des deutschen Reiches. Es bildete zwei eigenständige Staaten: das größere Herzogtum Mecklenburg-Schwerin (mit Schwerin, Rostock, Wismar, Güstrow, Waren und Ludwigslust) und das wesentlich kleinere Mecklenburg-Strelitz (mit Neustrelitz, Neubrandenburg und Fürstenberg); beide gingen 1918 in einem Freistaat auf, der bis 1945 fortbestand. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Pommern eine Gesamtfläche von rund 38.400 Quadratkilometern. Davon fielen nach dem Zweiten Weltkrieg 81 Prozent – Hinterpommern – an Polen. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung kam durch Krieg, Flucht und Vertreibung ums Leben; etwa eine Million verlor die Heimat. Im deutsch gebliebenen Vorpommern, welches noch 19 Prozent der pommer-

schen Gesamtfläche umfasste und dem Land Mecklenburg angegliedert wurde, verdoppelte sich die Einwohnerzahl durch die Flüchtlinge aus dem Osten. Drei Jahre nach Gründung der DDR wurden die Landesnamen getilgt und es entstanden die Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg.

Zu weiteren sozialpolitischen Verwerfungen kam es ab 1970 im Zusammenhang mit Bau und Betrieb des Kernkraftwerks in der Lubminer Heide. Dort wurden tausende Arbeitskräfte beschäftigt, die aus allen Teilen der DDR, aus der Sowjetunion und aus Polen herbeikamen. Auch dies trug nicht zur Festigung einer regionalen Identität bei. Ideelle Kraftquellen, die sich aus Heimatverbundenheit und Traditionen speisen und auch das kollektive Verantwortungsgefühl gegenüber Umwelt und Gesellschaft stärken können, sind im ›Vielvölkergemisch‹ an der Ostsee verkümmert. Ausnahmen, wie etwa die Protestbewegung gegen den Bau des Kohlekraftwerks bei Lubmin, bestätigen die Regel. Mitten in diese Problemfelder hinein wuchsen, von vielen unbemerkt, die gewaltigen Konflikte in der Lubminer Heide, welche Gegenstand dieses Buches sind.

1.1 Politische Situation

*Sup di full und frät di dick
und hol din Mul von Politik!*

Wirtshausspruch

In der Landesverfassung von M-V heißt es in der amtlichen niederdeutschen Version: »Mäkelborg-Vörpommern is'n republikanischen, demokratischen un sozialen Rechtsstaat, de in de Verantwuurdung steiht för all's wat von Natur ut för dat Läben nödig is. (Artikel 2) De ganze Staatsgewalt geht von dat Volk ut. [...] De Demokratie sall von unnen nah baben upbuugt sin. [...] Parteien un Börgerbewägungen helpen mit, dat dat Volk sick sinen eigen politischen Willen billen kann.«

Die politischen Tragkräfte bilden eine auffallend geringe Minderheit. Das zeigt sich zum Beispiel in den niedrigen Mitgliederzahlen der Parteien, die in ihrer Gesamtheit nicht einmal zwei Prozent der Gesamtbevölkerung in sich vereinen. Die Landtagswahl 2011 ergab: SPD 35,7; CDU 23,0; Linke 18,4; NPD 6,0; FDP 2,8 Prozent. Im letzten Jahrzehnt nahm die Politikverdrossenheit und die Neigung zu Rechtsextremismus deutlich zu.

Mitgliederbestand politischer Parteien 2006: Linke 6.800 (0,4 Prozent aller Landesbewohner), CDU 6.700, SPD 3.120, FDP 1.200, NPD 400, Grüne 300.

Die Wahlbeteiligung zu den Landtagswahlen sank von 71 Prozent (2002) auf 51 Prozent (2011); bei den Kommunalwahlen 2011 lag sie bei rund 29 Prozent. Die NPD erreichte bei den Landtagswahlen einen Stimmenzuwachs von 0,8 (2002) auf 6,0 Prozent (2011); 2006 hat sie in einigen vorpommerschen Orten sogar mehr als 20 Prozent der Stimmen auf sich gezogen.

LITERATUR: 8, 14, 15, 29, 30

Leitsätze der CDU aus ferner, ferner Zeit

Aus den Kölner Leitsätzen 1945: »Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien körperlichen Selbstverwaltung. Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne wird gebrochen.«

Aus den Düsseldorfer Leitsätzen 1947: »Inhalt und Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. [...] Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muss davon ausgehen, dass die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. Es muss aber ebenso vermieden werden, dass der private Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen sein würde.«

Aus dem Berliner Programm 1968: »Die Raumordnung muss die schädlichen Auswirkungen des vielerorts gestörten Naturhaushalts soweit als möglich abbauen und für die weiteren Entwicklungen davon ausgehen, dass die biologische Leistungsfähigkeit der Landschaft die Grundlage einer den menschlichen Bedürfnissen gerechten Umweltgestaltung ist.«

Aus dem Beschluss des Bremer Parteitages 1989 – Unsere Verantwortung für die Schöpfung: »Die CDU hat die besondere Verpflichtung, die Natur und die Umwelt zu schützen, zu gestalten und zu nutzen und damit das Werk des Schöpfers für uns, unsere Kinder und Kindeskinde zu erhalten und Ökologie und Ökonomie in einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft miteinander zu versöhnen. [...] Pflanzen und Tiere sind Mitgeschöpfe, nicht bloße Werkzeuge des Menschen. Wir sind daher verpflichtet, die Natur als Lebensgrundlage des Menschen zu schützen. [...] Diese Überzeugung verknüpft den Respekt vor der Schöpfung mit der Verpflichtung aus der christlichen Wertordnung, die Grundlage unserer Politik ist. [...] Wir sind uns der globalen Risikogemeinschaft beim Umgang mit der Schöpfung bewusst. Dieser Risikogemeinschaft muss weltweite Umweltpartnerschaft ebenso entsprechen wie ein ökologischer Generationenvertrag, der die möglichen Folgen unseres Handelns für die Zukunft zur Grundlage heutiger Entscheidungen macht. [...] Natur ist nicht Steinbruch unseres Wohlstandes, sondern Geschenk Gottes, das an künftige Generationen weiterzugeben wir verpflichtet sind.«

1.2 Bevölkerungsschwund

M-V hat mit rund 1,6 Millionen Einwohnern die geringste Bevölkerungsdichte aller Bundesländer. Der Ausländeranteil liegt bei zwei Prozent und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Seit 1990 sind schwere Wanderungsverluste, vor allem bei qualifizierten Leistungsträgern in der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen, zu verzeichnen. Dazu wirkt ein ›Geburtschock‹ zu Anfang der 1990er Jahre bis heute nach. Ökonomische Verunsicherung, hohe Arbeitslosigkeit und Abwanderungen, besonders von jungen Frauen im reproduktiven Alter, haben die Geburtenzahlen um etwa die Hälfte zurückgehen lassen. Der Bevölkerungsbestand schrumpft. So gehört Vorpommern zu den Regionen mit dem stärksten Einwohnerrückgang. Im Jahr 2020 wird die Bevölkerung von M-V im Vergleich zu 1990 voraussichtlich um 20 Prozent geschrumpft sein und 2050 wahrscheinlich nur noch etwa 60 Prozent des Ausgangsstandes umfassen; davon werden rund 80 Prozent im Rentenalter sein. Das wird die existenziellen Lebensbedingungen und die Infrastruktur weiterhin ungünstig verändern und die sozialen Sicherungssysteme zunehmend in Schwierigkeiten bringen. Wirtschaftswissenschaftler sprechen von einem »demografischen Niedergang« und von einem ›demografischen Notstandsgebiet‹.⁵

Bereits heute zeigen sich vielfältige Folgen dieser Entwicklung. Der Geburtenrückgang hat die Schließung von Schulen zur Folge. Allein in Vorpommern sind bereits mehr als 100 Gemeinden ohne Grundschule. Mit dem Bevölkerungsrückgang dünnt sich auch das ärztliche Versorgungssystem aus, viele Landarztpraxen finden keine Nachfolger. Zunehmend fehlen im ganzen Land die Arbeitskräfte. Es mangelt an Fachkräften aller Qualifikationsniveaus. Das Angebot an freien Stellen für Ingenieure ist größer als die Nachfrage. Der Fachkräftemangel bedroht die Zukunftsbranchen.

LITERATUR: 4, 10, 14, 24, 25b, 26, 28, 34, 35, 36

1.3 Industrie in dauerhafter Strukturkrise

Obwohl am dünnsten besiedelt und am ländlichsten geprägt, wird in einer Werbeschrift für potenzielle Kapitalanleger behauptet, M-V sei auf dem Weg zum Technologieland und eine gute Adresse für Investoren, nicht zuletzt »aufgrund des hier gesprochenen Hochdeutsches«. ¹⁰ In jener Schrift charakterisierte der ehemalige Ministerpräsident Harald Ringstorff die Wirtschaftslage des Jahres 2002 wie folgt: »Der Strukturwandel in unserem Land verläuft erfolgreich. Durch konsequente Modernisierung unserer Wirtschaft sind wir heute in vielen Bereichen europaweit konkurrenzfähig. [...] Investoren finden in Mecklenburg-Vorpommern erstklassige Rahmenbedingungen: ein stabiles unternehmer- und innovationsfreundliches Umfeld – bei uns kämpfen Bürgerinitia-

tiven für und nicht gegen neue Investitionen. Sie finden hochqualifizierte, motivierte Fachkräfte [...] sowie staatliche Förderprogramme nach Maß. [...] Wir haben eine leistungsfähige Verwaltung, die für schnelle Genehmigungsverfahren sorgt.«¹⁰ In den folgenden Kapiteln werden alle diese Behauptungen auf den Prüfstand kommen. Kein Geheimnis ist allerdings, dass im heutigen M-V, bedingt durch dessen geographische Randlage, eine traditionell dominierende Agrarstruktur und weitgehend fehlende Rohstoffquellen die Entwicklung großer, dynamisch gewachsener Industriestandorte – bis auf Werften und Häfen – größtenteils unterblieb. Dieses scheinbare Minus muss allerdings kein Manko sein, sondern könnte dem Land und seinen Bewohnern sogar zum Vorteil gereichen.

Pommern galt als ›Kornkammer Deutschlands‹. Im 19. Jahrhundert beschränkte sich seine Industrie überwiegend auf die Verarbeitung von Agrarprodukten in Mühlen, Brauereien, Molkereien und Zuckerfabriken. Im 20. Jahrhundert erlangten nur die Stettiner Werften größere wirtschaftliche Bedeutung. In der DDR war das Wirtschaftsspektrum der Nordbezirke auf wenige staatliche Großunternehmen (Kombinate) eingeeengt, die sich auf Schiffbau, Hafenwirtschaft, Fischfang und Fischverarbeitung sowie auf das Kernkraftwerk Lubmin konzentrierten. Mittelstand und Handwerk wurden vernachlässigt. Die Einbindung der DDR in den sozialistischen Wirtschaftsverbund (RGW – Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) führte zu einem ›sozialistischen Naturalhandel‹²⁸ mit der Sowjetunion, bei dem der gesamte Import an Stahl, Roheisen und Eisenerz durch die Lieferung von Fischfang- und Verarbeitungsschiffen aus der Volkswerft Stralsund abgegolten wurde. Die 1990 vollzogene Währungsunion zwischen DDR und BRD führte daher zum schlagartigen Wegbrechen der Märkte.

Nach dem Ende der DDR und mit der deutschen Wiedervereinigung erlitt die Wirtschaft in M-V einen ›Systemschock mit flächendeckender Betroffenheit auf hohem Problemniveau‹.²⁸ Mehr als zwanzig Jahre danach hat sich die Gesamtsituation nicht wesentlich geändert. So liegt der Industrialisierungsgrad noch immer deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. An der Gesamtwirtschaftsleistung Deutschlands ist M-V mit einem Anteil von 1,4 Prozent beteiligt. M-V gehört zu den wirtschaftsschwächsten Regionen Europas. Es hat in Deutschland das geringste Wirtschaftswachstum und das niedrigste Bruttoinlandsprodukt. Letzteres stieg 2010 gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent (Bundesdurchschnitt 3,6 Prozent). Es besteht eine Wertschöpfungslücke von rund sieben Milliarden Euro. Die wirtschaftliche Gesamtleistung ist seit Jahren rückläufig. Ende 2010 betragen die Landesschulden 9,8 Milliarden Euro;^{26a, 32b} sie erhöhten sich bis März 2012 auf 12,2 Milliarden. Es gibt nur wenige Großbetriebe; 90 Prozent der Unternehmen beschäftigen weniger als 50 Mitarbeiter. Tragende Kraft ist der Mittelstand. Mit dem vergleichsweise geringen Industrialisierungsgrad geht eine unterentwickelte Infrastruktur einher. Die wichtigsten Arbeitgeber in der Region Vorpommern sind (abgesehen von den durch Insolvenz bedrohten Werften in Stralsund und Wolgast) die Universität Greifswald (knapp 5.700 Mitarbeiter), die Stadtver-

waltung Greifswald (1.170 Arbeitsplätze), die Energiewerke Nord (830), die Fischkonservenfabrik Rügen (600) und das Fischverarbeitungswerk Euro-Baltic in Sassnitz (150).

Schon mit der im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung vollzogenen Struktur- anpassung ging in Vorpommern ein Drittel aller Arbeitsplätze verloren. Die Arbeits- losigkeit ist seitdem immer noch höher als im Bundesdurchschnitt. Mit Stand von 2007 hatte M-V eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 14,6 Prozent, welche bis zum Oktober 2012 auf 10,8 Prozent sank (Bundesrepublik 8,1 Prozent).

Aus eigener Kraft wird Mecklenburg-Vorpommern finanzwirtschaftlich nicht über- leben können. Es ist auf milliardenschwere Zuschüsse von der Bundesregierung und der Europäischen Union angewiesen. Das Land gilt als »nationales Höchstfördergebiet« und ist zumindest noch bis zum Jahr 2013 Fördergebiet des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung. 2019 werden die Zuwendungen voraussichtlich auslaufen.

Wichtige und strukturtypische Wirtschaftsbereiche sind noch immer Landwirt- schaft, Schiffsbau, Hafenwirtschaft, Fischerei und Tourismus.

Der *Agrarsektor* bot bis 1990 in vielen Gemeinden die wichtigste Erwerbsquelle. Die mit der deutsch-deutschen Vereinigung eingetretene Änderung der Organisationsstruk- turen und ein enormer Mechanisierungsschub führten schon innerhalb von drei Jah- ren zu einem Beschäftigtenrückgang um 75 Prozent. 2007 waren in der Landwirtschaft von M-V 21.350 Arbeitskräfte tätig, davon 13.550 im Vollbeschäftigtenverhältnis. Etwa 64 Prozent der Bodenfläche werden landwirtschaftlich genutzt. In der Fläche ist die Landwirtschaft also weiterhin strukturbestimmend. An der gesamten Wertschöpfung hat sie allerdings nur einen Anteil von vier Prozent.

Der *Schiffsbau* bildete in der DDR die industrielle Basis der Nordbezirke. Nach 1990 reduzierte sich die Anzahl der Werftbeschäftigten von mehr als 20.000 auf 6.000. 2008 waren auf den Großwerften Wismar, Rostock-Warnemünde, Stralsund und Wol- gast noch 4.700 Mitarbeiter in Lohn und Brot.³⁶ Doch gelten die Schiffswerften nach wie vor als tragende Säulen der Wirtschaft. Inzwischen gehören sie zu den modernsten der Welt, sind aber im internationalen Konkurrenzkampf stark gefährdet und kommen ohne staatliche Subventionen nicht aus. Als den Werften 1992 eine Verbindung mit der Bremer Vulkan AG aufgezwungen wurde, führte das zur ersten politischen Krise des Landes, bei der Ministerpräsident Alfred Gomolka seinen Rücktritt erklären musste. Diese Werftenkrise entwickelte sich zum Bundesproblem; Auflagen aus Brüssel gaben ihr schließlich eine europäische Dimension.²⁸

1992 hatte die Großwerft Bremer Vulkan AG durch Vermittlung der Treuhandanstalt die gesamte ostdeutsche Werftindustrie übernommen. Von 1993 bis 1995 erhielt sie zu deren Sanierung Fördermittel in Höhe von umgerechnet 375 Millionen Euro, verwen- dete diese aber rechtswidrig zur Eigensanierung in Bremen. Dem Vorwurf, die Förder- gelder veruntreut zu haben, folgte ein Konkursverfahren, in welchem die ostdeutschen Werften im letzten Moment ausgegliedert werden konnten und so der Vernichtung entgingen. Die EU forderte ihre Fördermittel zurück. Die Veruntreuung der Bremer

Vulkan war Gegenstand mehrerer Strafrechtsprozesse. Eine neuerliche Werftenkrise entwickelte sich ab 2008. Trotz staatlicher Kredite und Bürgschaften von Bund und Land, bei denen insgesamt 220 Millionen Euro verausgabt wurden, gelang es nicht, die Wadan-Werften in Wismar und Rostock-Warnemünde vor dem Konkurs zu retten. Ein mehrfacher Besitzerwechsel brachte diese Schiffbauunternehmen 2010 unter den Einfluss des russischen Staatskonzerns Gazprom.^{7, 11, 12, 13, 25}

Der erste russische Investor, Andrej Burlakow, führte die Werften im Jahre 2009 endgültig in den Bankrott. Einer seiner ehemaligen Mitarbeiter hatte zuvor noch gewarnt, Burlakow habe sich »mittels eines betrügerischen Schemas an Staatsgeldern bedient, um die Werften zu kaufen«. Offenbar war auch Geldwäsche im Spiel.^{24b} Dies wollte in Deutschland niemand wahrhaben. Stattdessen wurde die Konkursmasse für 40 Millionen Euro an Burlakows »guten Freund, älteren Kameraden und persönlichen Berater« Igor Jussufow verkauft – den russischen Energieminister und Sonderbeauftragten für Energiezusammenarbeit, der auch einen Sitz im Aufsichtsrat des russischen Staatskonzerns Gazprom hat. Zur Unterzeichnung der Kaufverträge schickte er seinen Sohn Witalij. Jener war Mitarbeiter von Gazprom-Vize Alexander Medwedew und leitete das Moskauer Büro des Ostseepipeline-Konsortiums NordStream, welches zu 51 Prozent Gazprom gehört. Die Verträge unterschrieb er 2009 als Geschäftsführer der Briefkastenfirma Gevor IV AG in der schweizerischen Steueroase Zug. Russischen Medien zufolge soll Jussufow junior die Werften mit Gazprom-Geldern in Höhe von 40 Millionen Euro nur deshalb gekauft haben, um an einen Kredit über 1,1 Milliarden Dollar heranzukommen.^{24b} Von ursprünglich 2.700 Arbeitsplätzen sollte die Hälfte gerettet werden. Auf den Wadan-Werften – jetzt unter dem Namen Nordic Yards – wollte man eisemeertaugliche Transportschiffe für verflüssigtes Erdgas bauen, die Gazprom für seine weltweiten Expansionspläne braucht. Doch mussten diese Vorhaben verschoben werden, weil (wie der Norddeutsche Rundfunk meldete) »Verzögerungen bei Projekten im Eismeer« aufgetreten seien. Das hatte Folgen. In Wismar und Rostock-Warnemünde wurden 1.300 Beschäftigte entlassen und bei den Zulieferern gerieten zusätzlich rund 7.500 Arbeitsplätze in Gefahr. Diese kritische Situation suchte der dänische Staatskonzern DONG Energy für seine Interessen zu nutzen. Als im Genehmigungsverfahren für sein Steinkohlekraftwerk in der Lubminer Heide unerwartete Schwierigkeiten auftraten, versprach er, acht Kohlefrachtschiffe im Gesamtwert von 200 Millionen Euro bei den mecklenburgischen Werften in Auftrag zu geben, falls die Kraftwerkspläne genehmigt würden. Als dies misslang, zerschlug sich auch die dänische Schiffsbestellung. Andere Aufträge ließen auf sich warten. Von den einst 2.700 Wadan-Mitarbeitern blieben im Jahr 2010 nur noch 700. Ein Jahr später kursierte in den russischen Medien das Gerücht, Witalij Jussufow habe die Schiffbaubetriebe Warnemünde und Wismar an die teilstaatliche Moskau-Bank verpfändet. Als die undurchsichtigen Finanzgeschäfte ruchbar wurden, griff Präsident Dmitri Medwedew ein und entfernte Jussufow senior von seinem Ministerposten. Am 30. September 2011 meldete die Ostseezeitung, Andrej

Burlakow sei in einem Moskauer Café von unbekanntem Tätern erschossen worden. Jussufow junior aber hofft, die Werften mit einem Landeskredit retten zu können (OZ vom 27.02.2013).

Die Peenewerft Wolgast und die Volkswerft Stralsund – gemeinsam als P+S-Werften unter Kontrolle der Bremer Hegemann-Gruppe – mussten im August 2012 Insolvenz anmelden und 1.750 Beschäftigte entlassen. Das stürzte die gesamte Region in eine tiefe wirtschaftliche Krise.^{13b} Ein Jahr zuvor hatten P+S noch eine staatliche Finanzspritze in Höhe von 65 Millionen Euro erhalten; daran war das Land M-V mit 28 Millionen beteiligt. Im Gefolge der Insolvenz drohen Verluste, welche durch Bürgschaften für Bankkredite entstanden und insgesamt 326 Millionen Euro betragen. Im Dezember 2012 wurde die Peenewerft Wolgast an die Lürssen-Gruppe (ein weltweit führender Hersteller von zivilen Luxus-Yachten und militärischen Schnellbooten mit Hauptsitz in Bremen) verkauft. Seitdem wird dort wieder planmäßig gearbeitet. Das Schicksal der Volkswerft Stralsund war im Februar 2013 noch ungewiss.

M-V verfügt über *Seehäfen* in Wismar, Rostock, Stralsund, Sassnitz-Mukran, Greifswald-Ladebow, Vierow und Wolgast. Ladebow stellte seinen Betrieb 2011 wegen stark rückläufiger Warenumsätze ein; neun Jahre zuvor war der Ausbau dieses Hafens noch mit 13 Millionen Euro gefördert worden.^{18b} Als Fehlinvestition erwies sich auch der im Jahr 2004 fertiggestellte Industriehafen in Lubmin (► 4, S. 157). Hingegen weist Sassnitz-Mukran als größter Fährhafen des deutschen Eisenbahnverkehrs positive Bilanzen auf. Den größten Warenumsatz bewältigt der Rostocker Hafen. Er ist zu etwa zwei Dritteln am Güterumschlag des Landes M-V beteiligt, welcher von 16 Millionen Tonnen (1991) auf rund 40 Millionen Tonnen (2007) gestiegen ist. Auch die Hochseefischerei wird von Rostock aus betrieben.

Eine lange Tradition besitzt vor allem die *Küstenfischerei*, die allerdings unter den veränderten Marktbedingungen seit 1990 in existenzielle Schwierigkeiten geriet und ihren Personalbestand stark reduzieren musste. Die verbliebenen 341 Einzelbetriebe haben sich zu Fischereigenossenschaften zusammengeschlossen. Im Jahr 2009 waren 718 Fischer in der Kutter- und Küstenfischerei tätig. Gefangen werden – vor allem im Greifswalder Bodden – Hering, Flunder, Aal und Zander. Dort sind die Fischbestände durch Schadstoffeinflüsse und Überfischung bereits dramatisch vermindert. Wegen alarmierender Bestandsdefizite und schlechter Entwicklungsprognosen verhängt die EU-Kommission Fangmengenbegrenzungen. Das gefährdet die Existenz vieler Fischereiunternehmen. Zwei große *Fischverarbeitungswerke* befinden sich auf der Insel Rügen: die Fischkonservenfabrik Rügen AG in Sassnitz und das Fischverarbeitungswerk Euro-Baltic in Sassnitz-Mukran. Das Letztere hat eine Verarbeitungskapazität von 50.000 Tonnen Fisch pro Jahr.

Außer den genannten Wirtschaftszweigen und dem Tourismus, der im folgenden Abschnitt eine besondere Würdigung erfährt, spielen andere Branchen in M-V eine mehr oder minder untergeordnete Rolle.

Bei den Unternehmen der *Informations- und Kommunikationstechnik* stehen in M-V etwa 14.000 Beschäftigte in Lohn und Brot. Die *Holzindustrie* erfuhr durch gezielte Ansiedlungsinitiativen einen Wachstumsschub; 46 Betriebe beschäftigen rund 3.900 Mitarbeiter. Auf dem Gebiet der *Biotechnologie* sind 88 Unternehmen mit 2.100 Mitarbeitern tätig.

Besonderes Interesse verdient die *Energiewirtschaft*: Die Strom- und Gasnetze aus DDR-Zeiten befanden sich vielfach in schlechtem Zustand. Sie beanspruchten einen zwei- bis dreifach höheren Instandhaltungsaufwand als vergleichbare Netze in Westdeutschland. Inzwischen sind sie wieder in Stand gesetzt und erneuert. Das Kernkraftwerk in der Lubminer Heide wurde 1990 aus sicherheitstechnischen Gründen stillgelegt. 1994 nahm das Steinkohlekraftwerk Rostock mit einer Leistung von 500 Megawatt seinen Betrieb auf; über ein Seekabel ermöglicht es Elektroenergieexporte bis nach Skandinavien. Überdies gehört M-V zu den Vorreitern bei den erneuerbaren Energien. Deren Erschließung geht zügig voran. Das gilt vor allem für die Nutzung der Windenergie. Bereits 1996 erzeugten 149 Windkraftanlagen in den Landkreisen Bad Döberan, Rügen, Nord- und Ostvorpommern insgesamt 42 Megawatt Strom.

Im Jahre 2005 waren in M-V 1.135 Windkraftanlagen mit einer Leistung von 1.100 Megawatt am Netz. Inzwischen gehört M-V in der Windkraftnutzung zu den führenden deutschen Bundesländern. Zusätzliche neue Windparks in der Ostsee (Offshore-Projekte) sind im Bau.³³ Seit 2009 haben die erneuerbaren Energien in M-V an der Nettostromerzeugung einen Anteil von 52 Prozent.^{8b} Allein in der Windenergiebranche gibt es mehr als 40 Unternehmen mit etwa 4.000 Beschäftigten.^{19b}

LITERATUR: 1, 2, 5, 8a, 8b, 10, 13c, 14, 15, 16, 17, 19a, 19b, 22,
24, 26, 27, 28, 31a, 31b, 32, 33, 34, 35, 36

1.4 Tourismus in Hochkonjunktur

Mecklenburg-Vorpommern besitzt 58 staatlich anerkannte Kur- und Erholungsorte: 24 Seebäder (darunter Lubmin), 21 Erholungsorte, sieben Seeheilbäder, vier Luftkurorte und zwei Heilbäder.

Aufgrund des hervorragenden Naturpotenzials und wegen des geringen Industrialisierungsgrades an der Ostseeküste hat der Tourismus Hochkonjunktur. Als Wirtschaftsfaktor ist er mit einem jährlichen Bruttoumsatz von mehr als 3,5 Milliarden Euro (2004) für M-V so wichtig wie in keinem anderen Bundesland. Der gesamte Dienstleistungssektor erbringt rund 80 Prozent der Wirtschaftsleistung von M-V.

Schon während des letzten Jahrhunderts entwickelte sich der Küstenstreifen des heutigen M-V zu einem der beliebtesten Sommerurlaubsgebiete Deutschlands. Vor dem Ersten Weltkrieg waren die beiden großen Ostseeinseln führend: Um 1900 registrierte Rügen 44.000 und Usedom 37.000 Badegäste pro Saison; zehn Jahre später waren

Abbildung 2
Lubminer Steilküste,
Foto: Günther Vater



es auf Rügen schon 81.000 und auf Usedom 60.000 Sommergäste. Seit den 1960er Jahren avancierte die gesamte Küstenregion zum wichtigsten Urlaubszentrum der DDR; jährlich überstieg die Zahl der Urlauber damals die Millionengrenze.

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands wuchsen die Urlaubszahlen von Jahr zu Jahr; bald schon wurden jährlich 13 Millionen Gästeübernachtungen an der Ostseeküste gezählt. Im Sommer 2007 waren es mehr als 26 Millionen. Das kleine Seebad Lubmin hat jährlich 6.000 bis 7.000 Dauergäste, die im Durchschnitt eine Woche bleiben; zusätzlich kommen im Zeitraum von Mai bis Oktober 340.000 Tagesgäste. Insgesamt arbeiten in der Erholungs- und Gesundheitsbranche von M-V mehr als 57.000 Beschäftigte (Stand 2005); mit nachgelagerten Dienstleistungsbereichen und Saisonarbeit gehen die Schätzungen auf 130.000 Arbeitsplätze. Der maritime Tourismus (mit den Branchen Bootstourismus, Strand- und Badetourismus, Wassersport und Fahrgastschiffahrt) leistet mit 6.000 Beschäftigten einen wichtigen Beitrag; ihm wird eine weitere, sehr hohe Entwicklungsfähigkeit bescheinigt.^{31c} Zu den gewerblichen Einrich-



Abbildung 3 Lubminer Badestrand, Foto: Antje Vater

tungen kommt eine Vielzahl privat vermieteter Gästezimmer und Ferienwohnungen, die sich statistisch kaum erfassen lassen. Summa summarum bindet der Tourismus weitaus mehr Arbeitskräfte als alle anderen Wirtschaftszweige. Außerdem verzeichnet besonders Vorpommern in den touristisch attraktiven Gebieten die höchste Wohnungsbauintensität, vor allem wegen der zunehmenden Ansiedlung zahlungsfähiger Rentner aus ganz Deutschland; die jährlichen Zuwachsraten betragen auf Rügen 12 Prozent, auf der Insel Usedom 5 Prozent. Dies stabilisiert die Steuereinnahmen der Gemeinden.

In den ›Leitlinien für die Tourismusentwicklung in M-V‹ heißt es: »Mecklenburg-Vorpommern muss dem Tourismus als entscheidendem Wirtschaftszweig und zukunftsweisender Dienstleistungsbranche verstärkt Rechnung tragen. Die Tourismusentwicklung in M-V muss dem Prinzip des nachhaltigen, qualitativen Wachstums verpflichtet sein.«³³ Das geht allerdings nur, wenn das »touristische Grundkapital«²⁸ mit seinen ökologischen, landschaftlichen und soziokulturellen Eigenheiten nicht geschmälert wird. Ohne die dauerhafte Bewahrung von Natur und Landschaft sind Fremdenverkehr und Gesundheitstourismus nicht denkbar. In diesem Sinne will das Regierungsprogramm der SPD für den Zeitraum 2011 bis 2016 Vertrauen wecken: »Mecklenburg-Vorpommern ist das schönste Bundesland Deutschlands. Die wunderschöne Landschaft, die einmalige Natur, das Meer und die Seen ... [...] Die Bewahrung unserer Natur ist nicht nur eine ökologische Herausforderung. Sie entscheidet auch über die ökonomische und soziale Zukunft des Landes.« Die weitere Entwicklung – auch in der Lubminer Heide – wird zeigen, ob solchen Worten auch angemessene Taten folgen.

LITERATUR: 1, 6, 8, 9, 21, 23, 24, 28, 31b, 32, 33